

Stand der Verhandlungen über einen Beitritt der Schweiz zu den Bretton Woods-Institutionen (BWI)

1. Aktueller Stand

Der Exekutivrat des Internationalen Währungsfonds (IMF) hat in seiner Sitzung vom 20. März 1991 den Bericht des Mitgliedschaftsausschusses behandelt und die "Draft Resolution for Membership" zuhanden der IMF-Gouverneure verabschiedet. Darin wird vorgeschlagen, der Schweiz eine **Quote von 1,7 Mia. Sonderziehungsrechten (SZR)** zuzugestehen. Diesem Entscheid gingen relativ langwierige Verhandlungen innerhalb des Mitgliedschaftsausschusses voraus. In den fünf Sitzungen musste ein Kompromiss zwischen der schweizerischen Forderung von 2,1 Mia. SZR und der vom IMF-Sekretariat vorgeschlagenen Quote von ca. 1,3 Mia. SZR gefunden werden.

Der Bundesrat ist mit dem erzielten Ergebnis zufrieden. Mit einer Quote von 1,7 Mia. SZR sind die Chancen für einen schweizerischen Exekutivdirektor intakt, wobei allerdings betont werden muss, dass die definitive Antwort auf diese Frage erst im Vorfeld der nächsten Exekutivratswahlen - Herbst 1992 - gegeben werden kann.

Der Bundesrat wird den eidg. Räten eine Botschaft über den Beitritt der Schweiz zu den Institutionen von Bretton Woods unterbreiten. Der aktuelle Zeitplan sieht vor, dass die Vorlage in der Sommersession vom Erstrat und in der Herbstsession vom Zweirat behandelt werden soll.

2. Vorgeschichte

Den Grundsatzentscheid, den BWI¹ beizutreten, fällte der Bundesrat am 18. August 1982. Das Dossier blieb jedoch aufgrund des negativen UNO-Volksentscheids 1986 für längere Zeit geschlossen. Anlässlich der Klausurtagung vom 16. Mai 1989 bekräftigte der Bundesrat seinen Grundsatzentscheid von 1982 und beauftragte eine interdepartementale Arbeitsgruppe, eine Handlungsstrategie für den allfälligen Beitritt zu entwickeln.

Der Entscheid stützte sich hauptsächlich auf die beiden folgenden Überlegungen ab. Zum einen spielen die BWI eine Schlüsselrolle in der internationalen Währungs- und Wirtschaftszusammenarbeit. Durch ihre Tätigkeit im Umfeld des Schuldenproblems und der Hilfe für mittel- und osteuropäische Staaten haben sie in den letzten Jahren

¹ Internationaler Währungsfonds (IMF), Weltbank, Internationale Entwicklungsagentur (IDA), Internationale Finanzkorporation (IFC).



noch an Gewicht gewonnen. Die Schweiz anerkennt die Bedeutung der BWI für die Weltwirtschaft; sie hat sich denn auch in der Vergangenheit an zahlreichen Finanzierungsaktionen dieser Institutionen beteiligt. Unbefriedigend an der heutigen Situation ist die Tatsache, dass sie nicht an den Entscheidungsprozessen partizipieren kann. Der Beitritt und die Möglichkeit, in den Exekutivräten vertreten zu sein, würde eine wesentliche Verbesserung der schweizerischen Mitsprache mit sich bringen.

Zum anderen bringt ein Beitritt zu den BWI eine Stärkung der schweizerischen Präsenz auf internationaler Ebene mit sich. Die zunehmende multilaterale Koordination der verschiedenen Wirtschafts- und Politikbereiche in Gremien, in denen die Schweiz nicht vertreten ist, hat zu einer gewissen Marginalisierung geführt. Auf europäischer Ebene wird versucht, dieses Defizit zu decken. Das gleiche sollte auch im Rahmen der internationalen Staatengemeinschaft angestrebt werden. Der Beitritt zu den BWI stellt eine solche Möglichkeit dar.

3. Exploratorische Gespräche und formelle Bewerbung

Aufgrund der Ergebnisse der erwähnten Arbeitsgruppe beauftragte der Bundesrat (BRB vom 20.12.89) den Vorsteher des Eidg. Finanzdepartementes, zusammen mit dem Präsidenten des Direktoriums der Schweiz. Nationalbank **exploratorische Gespräche** mit IMF-Mitgliedstaaten zu führen. Als ausschlaggebendes Element für die Entscheidung des Bundesrats wurde die Einsitznahme in die Exekutivräte der beiden Institutionen bezeichnet. Dieser Anspruch wurde mit dem monetären und finanziellen Gewicht der Schweiz in der Weltwirtschaft begründet.

Zwischen dem 25. Februar und dem 24. September 1990 fanden Gespräche mit den Finanzministern und den Notenbankgouverneuren der Zehnergruppe und verschiedener Entwicklungsländer statt².

Die Gespräche verliefen sehr positiv. Alle Länder begrüßten die Absicht der Schweiz, den BWI beizutreten und zeigten sich mehrheitlich bereit, ihr eine Quote zuzugestehen, die ihrer Wirtschafts- und Finanzkraft entsprechen würde³. Die Idee der Schaffung eines zusätzlichen Exekutivratsitzes (den 23.) wurde - mit Ausnahme der USA - relativ positiv aufgenommen. Die USA vertraten die Meinung, dass unser Anspruch sich auch ohne eine Erweiterung des Exekutivrats verwirklichen liesse.

Aufgrund dieser Elemente beschloss der Bundesrat am 16. Mai 1990, die **Bewerbungsschreiben** für die Mitgliedschaft bei den Institutionen von Bretton Woods einzureichen. Er betonte, dass der Entscheid, den eidg. Räten eine Beitrittsbotschaft zu unterbreiten,

² Kanada, Frankreich, Italien, Japan, USA, Niederlande, Deutschland, Grossbritannien, Schweden, Belgien, Spanien, Saudi-Arabien, Iran, Zaire, Elfenbeinküste, China, Indien, Ägypten, Argentinien, Brasilien, Chile, Mexiko.

In den exploratorischen Gesprächen konzentrierten sich die Diskussionen auf den IMF, da die Kapitalanteile der anderen BWI zum Teil direkt von der IMF-Quote abhängen.

³ Spanien und - zu einem gewissen Grad - Mexiko haben zu erkennen gegeben, dass sie den schweizerischen Anspruch als übertrieben betrachten.

erst in Kenntnis der genauen Beitrittsmodalitäten - im Vordergrund stand dabei die Quotenhöhe - erfolgen würde.

Im Anschluss an die Einreichung der Beitrittsgesuche entsandte der IMF eine **technische Mission** in die Schweiz, deren Aufgabe darin bestand, die nötigen Informationen zur Erstellung eines Länderprofils und zur Quotenberechnung zu sammeln. Die IMF-Delegation führte ihre Gespräche zwischen dem 20. und 26. Juni 1990 mit Vertretern der SNB und verschiedener Ämter der Bundesverwaltung.

Eine zweite, höherrangige IMF-Delegation besuchte die Schweiz am 24. Juli 1990, um die Ergebnisse der Quotenberechnungen zu präsentieren. Dabei konnten Bundesrat Stich und Präsident Lusser die Vorstellungen des Bundesrats bezüglich der Höhe der IMF-Quote und der Schaffung eines 23. Sitzes nochmals bekräftigen.

4. Sitzungen des Mitgliedschaftsausschusses

Der Ausschuss des Exekutivrats, der sogenannte Mitgliedschaftsausschuss⁴, welcher das schweizerische Beitrittsgesuch bearbeitete, trat erstmals am 11. September 1990 unter dem Vorsitz des kanadischen Exekutivdirektors zusammen. Innerhalb des Ausschusses wurden die schweizerischen Interessen durch Frankreich wahrgenommen. In dieser ersten Sitzung fiel **kein Quotenentscheid**, da gewisse Argumente, welche in der von unserem Botschafter in Washington gehaltenen Eröffnungserklärung erwähnt wurden, die Mitglieder des Ausschusses veranlassten, weitere Abklärungen vom IMF-Sekretariat zu verlangen. Dabei ging es primär um eine für die Schweiz ungünstig interpretierte Abgrenzung bei der Quotenberechnung.

Auch in der **zweiten Sitzung** des Mitgliedschaftsausschusses vom 4. Oktober 1990 konnte kein Konsens bezüglich der schweizerischen Quote erreicht werden. Wohlwollend gegenüber den schweizerischen Forderungen waren - neben Frankreich - die BRD, die Vereinigten Staaten und Japan. Der harte Kern der Opponenten bildeten hingegen Spanien, die Niederlande und Australien. Spanien gab klar zu erkennen, dass sie keiner Quote zustimmen könne, die ihre eigene übersteigen würde.

Die **dritte Sitzung** fand am 1. November 1990 statt und dauerte eine knappe Stunde. Es wurde wiederum kein Konsens gefunden. Zu den bereits erwähnten Opponenten gesellten sich auch noch einige Vertreter der Entwicklungsländer (Indien, Iran, Zaire). Als Grund hierfür wurde die Angst eines Sitzverlustes angegeben.

Im Anschluss an diese Sitzung ergriff die Schweiz zwei Massnahmen. Zum einen fand durch die Vermittlung des italienischen und französischen Schatzdirektors und in deren Anwesenheit ein Gespräch zwischen spanischen und schweizerischen Vertretern statt. Zum anderen wurde ein von Bundesrat Stich unterzeichnetes Schreiben an verschiedene Entwicklungsländer⁵ versandt, wobei der iranische Notenbankgouverneur Adeli - Vor-

⁴ Die Exekutivdirektoren folgender Länder waren darin vertreten: Kanada, Frankreich, USA, Niederlande, Deutschland, Japan, Saudi-Arabien, Australien, Indien, Kap Verde, Iran, Libyen, Venezuela.

⁵ Elfenbeinküste, Venezuela, Kap Verde, Zaire, Mexiko, Indien, Iran, Libyen.

sitzender der G-24 - ausdrücklich gebeten wurde, die Mitglieder der G-24 vom Inhalt des Schreibens in Kenntnis zu setzen. Im Schreiben wurde versichert, dass die Schweiz nicht beabsichtige, ihnen den Exekutivratssitz streitig zu machen, was von den Entwicklungsländern sehr positiv aufgenommen wurde.

Trotzdem konnte auch in der **vierten Sitzung**, am 14. Februar 1991, der Quotenentscheid noch nicht gefällt werden. Zwar stimmte eine Mehrheit der Mitglieder (7 von 13) für eine schweizerische Quote von 1,7 Mia SZR, jedoch war der Vorsitzende der Meinung, dass mindestens neun Länder nötig seien, um den Vorschlag anschliessend im Plenum der Exekutivdirektoren ohne Probleme durchzubringen. Positiv fiel in dieser Sitzung der spanische Vertreter auf, der von seiner bisherigen Haltung abkam und zu erkennen gab, dass er sich einer Mehrheitsentscheid anschliessen würde.

5. Beschluss des Exekutivrats

Der Durchbruch gelang in der **fünften Sitzung** am 4. März 1991. Der Entscheid, der Schweiz eine Quote von 1,7 Mia SZR zuzugestehen, wurde von 9 der 13 Mitgliedern getragen. Die Vertreter Australiens, der Niederlande und der Kap Verden (französisch-sprechende afrikanische Gruppe) konnten sich dem Entscheid nicht anschliessen; Kanada (Vorsitz) verzichtete auf eine Stellungnahme. Aufgrund dieser Quote verabschiedete der Mitgliedschaftsausschuss einen Bericht zuhanden des Exekutivrats.

Aufgrund dieses Vorschlags hat der Exekutivrat des IMF am 20. März 1991 beschlossen, dem Gouverneursrat eine Quote für die Schweiz in der Höhe von 1,7 Mia. SZR (rund 3,3 Mia. Schweizerfranken) zur Genehmigung zu unterbreiten. Die Gouverneure haben bis zum 23. April 1991 Zeit, um Stellung zu nehmen. Der Schweiz wird danach eine Frist von 12 Monaten eingeräumt, um dem IMF beizutreten; diese Frist kann jedoch in begründeten Fällen um jeweils weitere 6 Monate verlängert werden.

Der Beschluss des Exekutivrats wurde per Konsens getroffen, wobei vorgängig eine ausführliche Diskussion über die geographische Verteilung der Exekutivratssitze stattfand. Im Bericht an die Gouverneure wurde daher festgehalten, dass ein angemessenes Gleichgewicht in der Zusammensetzung des Exekutivrats beibehalten werden müsse.

Die Quote von 1,7 Mia. SZR gilt unter dem Regime der 8. Quotenrevision. Kürzlich wurde die 9. Quotenrevision den Mitgliedern zur Ratifikation unterbreitet, und sie dürfte spätestens Ende 1991 in Kraft treten. Die Schweiz wird dannzumal ihre Quote auf 2,47 Mia. SZR (4,77 Mia. Schweizerfranken) erhöhen können. Einbezahlt werden muss die Quote innerhalb von sechs Monaten nach dem Beitritt.

6. Weiteres Vorgehen

Nach den bei der Festsetzung der schweizerischen Quote eingetretenen Verzögerungen gilt es nun, das interne Beitrittsverfahren zügig durchzuführen, damit unser Land noch vor den nächsten Exekutivratswahlen im Herbst 1992 Mitglied werden kann.

Der Bundesrat wird anfangs Mai eine Botschaft verabschieden. Somit könnte der Bei-

tritt zu den Bretton Woods-Institutionen vom Erstrat (Ständerat) in der Juni-Session und vom Zweirat in der Herbstsession behandelt werden. Die Referendumsfrist würde im Dezember 1991 ablaufen. Erst wenn der Beitritt intern gesichert ist, kann die Schweiz als vollwertiger Verhandlungspartner Kontakte über die Bildung einer Ländergruppe und ihren Sitzanspruch aufnehmen.

Mit einer Quote von 1,7 Mia. SZR würde die Schweiz über mehr Stimmen verfügen als die schwächste Ländergruppe in den Verwaltungsräten der BWI. Es wäre aber politisch unvorstellbar, dass die Schweiz einen Sitz für sich allein beanspruchen würde. Deshalb wird sie versuchen, mit einigen Ländern eine Gruppe zu bilden. Die diesbezüglichen Erfolgchancen können zuversichtlich beurteilt werden.

Was die Sitzzahl anbelangt, wird die Schweiz weiterhin auf die Schaffung eines 23. Sitz bestehen, weil damit die Interessen der heutigen Mitgliedländer am besten berücksichtigt werden können. In dieser Frage kann mit der Unterstützung der Entwicklungsländer und der EG-Staaten gerechnet werden.

*J
Hiltpoldt*

Der Direktor
der eidgenössischen Finanzverwaltung

3003 Bern, den 28. März 1991

Bundesamt für Aussenwirtschaft	
No.	799.20
EE	
R	- 2 APR. 1991
bf	<i>Gfd/Rfd/L</i>
Kopie an	<i>gip Jek red</i>

Herrn Staatssekretär
Prof. Dr. F. B l a n k a r t
Direktor des Bundesamtes für
Aussenwirtschaft
Bundeshaus Ost

3003 B e r n

**Ständige Wirtschaftsdelegation; Bericht über den Stand der
BWI-Verhandlungen**

Herr Staatssekretär

Anlässlich unserer letzten Sitzung sind wir übereingekommen, dass wir die Delegationsmitglieder schriftlich über die randvermerkte Angelegenheit informieren. Diesem Zweck dient der beiliegende Bericht, den ich Ihnen zur Verteilung überlasse.

Mit freundlichen Grüßen



U. Gygi

Beilage erwähnt

Kopie z.K. an WWT